

Liste Fritz. Tirol

**Liste Fritz Pressespiegel
KW 30
Von 22.Juli bis 28.Juli 2024**

Klares Nein zum Fernpasspaket

Jeder Zweite ging am Sonntag zur Volksbefragung in Nassereith, 94 Prozent davon waren gegen den Tunnel. Der Gemeinderat muss nun im Herbst darüber entscheiden, ob ein 2000 m² großes Grundstück verkauft wird.

Nassereith – Das Ergebnis der Volksbefragung in Nassereith konnte erwartet werden. Die Wahlbeteiligung von 49,18 Prozent wird in der Fernpassgemeinde angesichts der Urlaubszeit als eindeutiges Signal gewertet: Auf die Frage, ob Nassereith ein gemeindeeigenes Grundstück für den Fernpasstunnel dem Land verkaufen sollte, antworteten 867 Personen mit Nein, 54 mit Ja. Damit sprechen sich 94,14 Prozent gegen das Vorhaben des Landes aus. Den Grundverkauf für eine Mautstation in Nassereith (inzwischen obsolet)

„Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln.“

Ludwig Gruber
(Bürgerinitiative)

lehnten 95,64 Prozent ab. Bindend ist dieses Ergebnis nicht. Der Gemeinderat wird „in der September- oder Oktobersitzung entscheiden, ob wir das Grundstück für den Tunnel verkaufen“, meint Bürgermeister Herbert Kröll, selbst Befürworter des Fernpass-Pakets des Landes.

Die Bürgerinitiative „Lebensraum Gurgltal, Mieminger Plateau, Außerfern“ hatte mit 538 Unterschriften diese Volksbefragung erzwungen. Sie befürchtet eine neue Transitroute und ein „Beschleunigungspaket“. In einer ersten Stellungnahme zum Ausgang der Volksbefragung heißt es: „Dieses Ergebnis ist ein eindeutiges Signal an die Politik, endlich damit aufzuhören, hinter verschlossenen Türen zu verhandeln und Baupläne zu schmieden, die unseren Lebens- und Regionalwirtschaftsraum weiter verschlechtern. Statt-

dessen sollen sie Lösungen entwickeln, die im Einklang mit den Gegebenheiten unserer Alpentäler und mit zukunftsfähigen Anforderungen an unsere Mobilität stehen.“

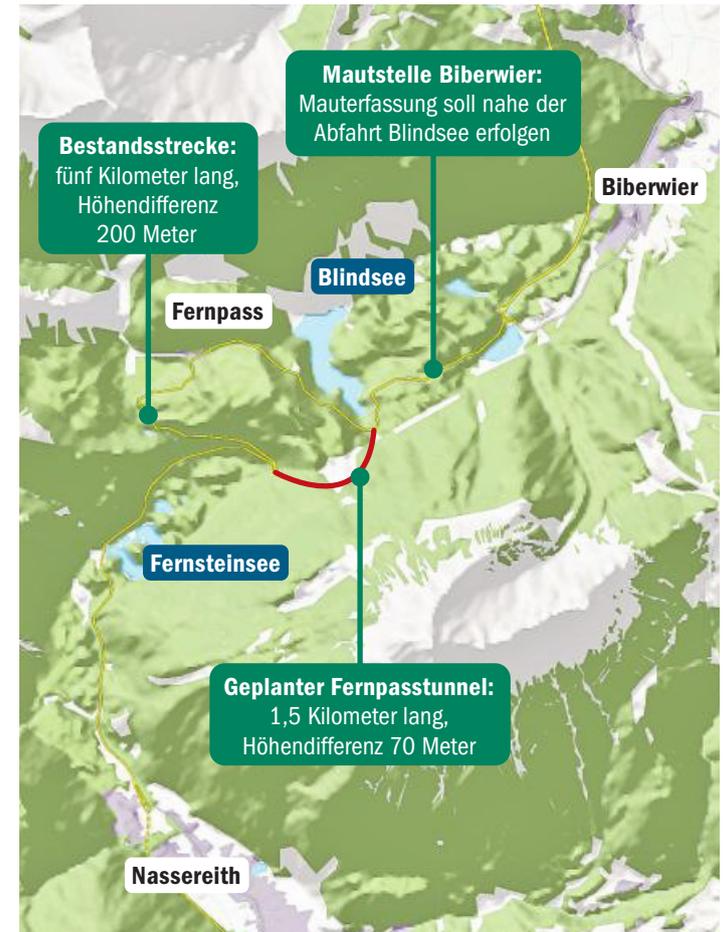
Ergebnis war absehbar

BM Kröll meint zum Ergebnis: „Das wusste man eigentlich von vornherein, dass es negativ ausgehen wird.“ Er war ein Gegner der Volksbefragung, zumal er die Bevölkerung gespalten sehe: „Das heißt nun meiner Meinung nach, dass 50 Prozent dagegen sind. Und die sind heute hingegangen.“ Er selbst „komme aus der Wirtschaft. Der Tourismus braucht's, die Wirtschaft braucht's.“

Die Mautfrage an sich war für BM Kröll sinnlos, „weil wir schon am 26. März einstimmig beschlossen haben, keinen Grund für eine Mautstation herzugeben“. Mittlerweile ist nur noch eine Mautstation in Biberwier angedacht, in Nassereith werde es nur einen Überkopfbalken für die Mautinfrastruktur geben. „Und der wird wohl am Kettenanlageplatz entstehen, der ohnehin im Eigentum des Landes steht.“

Gemeinderat entscheidet

Als Nächstes ist der Nassereither Gemeinderat am Zug: Im Herbst wird die Frage nach einem Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks für den Tunnel an das Land behandelt. Sechs der 15 Gemeinderäte haben sich bereits festgelegt, das Ergebnis der Volksbefragung zu respektieren. Noch am Sonntagvormittag erklärte GR Herbert Schaber (Bürgermeister-Liste): „Wenn die Wahlbeteiligung an die 1000 hingeht,

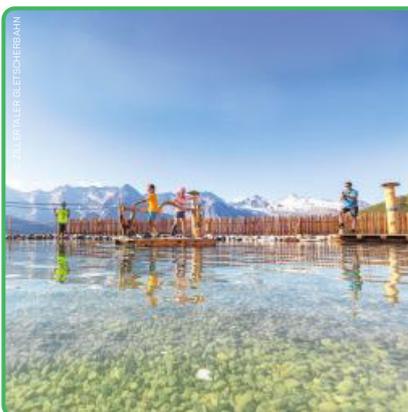


Die klare Mehrheit der Nassereither sprach sich gegen die Pläne des Landes rund um den Fernpass aus. Foto: Mapcreator



Fast 50 Prozent Wahlbeteiligung wurden am Sonntag in Nassereith registriert.

Foto: Paschinger



TT-Club-Sommerferien
50 % Ermäßigung
Eggalm Bahnen
22. bis 28. Juli 2024

club.tt.com 

dann wird sich der Gemeinderat schwertun, das nicht zu berücksichtigen.“ Vizebürgermeister Christian Öfner, der mit seiner Liste klar gegen das Landesprojekt ist, sagt: „Das ist jetzt eindeutig.“ Sollte der Gemeinderat letztlich zu einem Nein für einen Verkauf kommen, „dann ist das Land am Zug“, sagt BM Kröll: „Wenn sie es umsetzen wollen, wird es ohne Enteignung nicht gehen.“

Erste Reaktionen

Eine erste, kurze Reaktion kam vom Klubobmann der Tiroler ÖVP, Jakob Wolf: „Das

ist für mich ein Ergebnis, das zum Nachdenken führen muss, ob die Richtung wirklich stimmt.“ Für die NEOS handelt es sich um eine „bittere Ohrfeige“. Die Landesregierung sei gescheitert.

Seitens des Transitforums erklärte Fritz Gurgiser: Ein derartig weit in die Zukunft wirkendes Projekt für insgesamt drei betroffene Bezirke brauche ein Bündel von Maßnahmen mit einem Gesamtverkehrskonzept zur „nachhaltigen und dauerhaften Entlastung“ und keine „Beschleunigungs- und Belastungsmaßnahmen“. (pascal)

Mehr Durchmischung in großem Studentenheim

Nach Anrainerwiderständen gegen reinen Studentencampus wird Projekt in Hötting für bestimmte Berufstätige geöffnet. Doch es gibt weiter Kritik.

Innsbruck – Der geplante Ausbau des Studierendencampus Frau-Hitt-Straße in Hötting hat die Innsbrucker Stadtpolitik über Monate intensiv beschäftigt. Denn Anrainer im ruhigen Wohnviertel meldeten bereits im Vorjahr massive Bedenken an – hinsichtlich der Dimension mit 125 Plätzen im Endausbau, einer Besiedelung ausschließlich mit Studierenden, der befürchteten (Party-) Lärmbelastung und ungelöster Verkehrsfragen.

Auch politisch brachen heftige Debatten über das Großprojekt aus, das von der Innsbrucker Immobiliengesellschaft (IIG) als Bauherrin am Areal im Besitz der Herz-Jesu-Missionare umgesetzt wird. Mehrfach wurden Tagesordnungspunkte abgesetzt, ehe der Gemeinderat am 11. Juli nun die Bebauungsplanänderung zur Auflage beschlossen hat (gegen die Stimmen von FPÖ, KPÖ und Liste Fritz).



„Campus Frau-Hitt-Straße“: Zum Hauptgebäude mit 32 Studierendenwohnplätzen (o.) und dem nun sanierten westlichen Zubau (u.) mit 41 Kleinstwohnungen kommt ein Neubau mit weiteren 52 Einheiten. Fotos: Michael Domanig

„ Was ist hier der Unterschied zu vorher? Man hat nur die Art der Studierenden ausgetauscht.“

Bettina Schlorhauser
(Anrainerin)

Um der Anrainerforderung nach einer besseren Durchmischung entgegenzukommen, haben Stadt und IIG eine Vereinbarung zur Besiedelung getroffen: Demnach soll der geplante südliche Neubau – mit 52 zusätzlichen Einheiten – primär mit Auszubildenden aus dem Gesundheits-, Sozial- sowie pädagogischen Bereich belegt werden.

Bis zu 26 von ihnen (entspricht 50% der Plätze im Neubau) sollen auch *nach* dem Abschluss ihrer Ausbildung in Form mittelfristiger Mietverträge weiter am Campus untergebracht werden können – wenn auch aus förder-technischen Gründen nicht im Neubau, sondern im Bestand, konkret im bereits sanierten 60er-Jahre-Zubau mit seinen 41 Kleinstwohnungen. Doch auch mit dieser Lö-

sung sind nicht alle Nachbarn einverstanden: Anrainerin Bettina Schlorhauser äußert „grenzenlose Enttäuschung“. Sie sieht in der adaptierten Belegung „keinen Unterschied“, letztlich entstehe ein Bau „nur für eine kleine Gruppe von Menschen“, eben Studierende. Dabei habe der jetzige Stadtchef Johannes Anzengruber („JA – Jetzt Innsbruck“), damals noch als ÖVP-Vizebürgermeister, einen Konsens Richtung Seniorenwohnen in Aussicht gestellt. Nun sei davon keine Rede mehr.

„Wir waren nie gegen Studierende“, stellt Schlorhauser klar, doch das ganze Projekt sei „undurchdacht“: von den Bedürfnissen der Anrainer, die nicht berücksichtigt würden, über die Frage des Bedarfs bis zur Verkehrsbelastung.

„ Seniorenwohnen hätte ich mir gut vorstellen können, aber es lässt sich am Standort leider so nicht umsetzen.“

Johannes Anzengruber
(Bürgermeister)

GR Tom Mayer von der Liste Fritz teilt die Kritik: Seine Liste wäre für eine Durchmischung mit Beschäftigten aus Mangelberufen oder wissenschaftlichen Mitarbeitern der Uni gewesen. So betreibe die Stadtregierung wieder nur „Klientelpolitik“.

BM Anzengruber kontert: Er habe zuletzt nochmals aktiv das Gespräch mit den Anrainern gesucht. Mit der nunmehrigen Lösung seien fast alle zufrieden. Anzengruber kündigt weitere Maßnahmen

an – zum Thema Parken, zu möglichen Radwegen (hier benötige man ein Servitut des Landes) oder zur Frage, wie man Lärmentwicklung per Gartengestaltung dämpfen könnte. Zudem verweist er auf die Hausordnung.

Seniorenwohnen sei geprüft worden, so Anzengruber: „Ich hätte es mir gut vorstellen können, aber es hätte bedeutet, das Neubau-Projekt einzustampfen und alles neu zu planen.“ Das Amt für Stadtplanung bestätigt, dass betreutes Wohnen „gänzlich andere Anforderungen an ein Gebäude“ stellen würde. Die IIG verweist auf eine Stellungnahme der Innsbrucker Sozialen Dienste, wonach sich der Standort unter anderem wegen der Geländeneigung nicht für betreutes Wohnen anbiete. (md)

Knackpunkt bleibt der Fernpassstunnel

Das Land hält am Fernpasspaket fest, weil es um mehr als den Tunnel geht. Für die Opposition ist die schwarz-rote Landesregierung am Fernpass hingegen gescheitert.

Innsbruck, Nassereith – Noch besser erklären, die Menschen mitnehmen, ihre Sorgen ernst nehmen und ihnen die Angst davor nehmen, dass beim Bau des 1,4 Kilometer langen Fernpassstunnels das 7,5-Tonnen-Limit für Lkw fällt. Das ist die Strategie des Landes nach der klaren Ablehnung des Scheiteltunnels in Nassereith. Das 500 Mio. Euro schwere Fernpasspaket will das Land nicht aufschnüren, gehe es doch darum, die Bevölkerung entlang der Fernpassstrecke zu entlasten, heißt es. Mit baulichen Maßnahmen, Dosierungen oder Abfahrverboten. Und die zweite Röhre für den Lermoozer Tunnel ist aus Sicherheitsgründen ebenfalls notwendig.

ÖVP-Klubchef Jakob Wolf rückte Montag noch einmal aus. „Vielleicht waren wir im Jänner zu überfallsartig am Weg. Wir werden uns der Diskussion mit der Bevölkerung stellen. Denn es braucht eine generelle Entlastung. Eines steht ebenfalls fest: Wir werden sicher keine Schritte setzen, die das 7,5-Tonnen-Limit gefährden.“ Nachsatz: Aber auf der Passstrecke müsse man wegen der zunehmenden Gefahr von Hangrutschungen oder Steinschlag auch etwas tun. „Aus unserer Sicht wäre ein Tunnel das Vernünftigste.“

Der Nassereither Bürgermeister Herbert Kröll beurteilt die Situation nüchtern:

„Beim Verkehr stellt es den Leuten die Haare auf.“ Wobei er hinzufügt: „Es ärgert mich eigentlich, weil wir gegenüber anderen Gemeinden durch die Umfahrung am wenigsten vom Durchzugsverkehr mitbekommen.“ Sein Obsteiger Kollege Erich Mirth fragt sich, wie Nassereith mit der nicht bindenden Volksbefragung umgehen und das Land weiter vorgehen werde. „Aber für mich ist klar, irgendeine Tschirgant-Lösung muss her.“

Die Opposition sieht hingegen bereits ein Scheitern des Landes. Die Fernpassstrecke sei so sensibel wie das Wipptal, stellt FP-Verkehrssprecherin Evelyn Achhorner fest. „Man will das Fernpasspaket mit Scheiteltunnel und Maut einfach nicht.“ Der Fernpassstunnel sei tot, er bringe auch keine Entlastung, drängt der grüne Klubchef Gebi Mair endlich auf ein Einsehen von LH Anton Mattle (VP) und LHStv. Georg Dornauer (SPÖ).

Zurück an den Start, fordert die Liste Fritz – und eine sofortige Entlastung der Bevölkerung. Klubchef Markus Sint: „Dosieren und kontrollieren muss die Devise lauten. Den Tunnel und die Maut wollen die Menschen nicht.“ Die Landesregierung sei mit ihren Plänen am Fernpass gescheitert und müsse das gesamte Projekt überdenken, ist für NEOS-Klubobmann Dominik Oberhofer klar. (pn, pascal)



Die Fernpassstraße ist ein Nadelöhr mit giftigen Kurven. Das Land will die Strecke deshalb durch einen Tunnel entschärfen.

Foto: Böhm



Vergangene Woche demonstrierten über 200 Gegner. Foto: Reichle

Deponie weiter in der Kritik

Scharnitz – Die Scharnitzer Deponiegegner bekommen Rückendeckung von der Liste Fritz. „Wir stellen uns zu 100 Prozent an die Seite der Scharnitzer Bürger und des Bürgermeisters und sagen Nein zur geplanten Deponie! Für diese Deponie gibt es überhaupt keinen Bedarf, sie ist am völlig falschen Standort geplant, die Zufahrt mit Lkw verursacht schwere Sicherheitsprobleme“, betont Klubobmann Markus Sint.

Für ihn seien die Pläne absurd. „Zusätzlich mehr als 10.000 Lkw-Fahrten nach Scharnitz zu lotsen, wäre geradezu ein politischer Schildbürgerstreich“, verweist er auf die Umfahrung, die man in der Gemeinde errichtet hat. „Mit rund 500.000 m³ genehmigtem Deponievolumen im Umkreis von Scharnitz und insgesamt mehr als 3 Millionen m³ Deponievolumen im Bezirk Innsbruck-Land gibt es ausreichend Deponiekapazität.“ Vergangene Woche demonstrierten über 200 Personen vor dem Scharnitzer Gemeindeamt gegen das Projekt. Laut Bürgermeister Christian Ihnenberger dürfte nicht so schnell mit einer Entscheidung der Behörde zu rechnen sein. So müssen weitere Gutachten eingeholt werden. (TT)



Foto: Transitforum

Das Ergebnis der Volksbefragung in Nasse-reith pickt! Bei einer Beteiligung von 50 Prozent haben sich 95 Prozent gegen die vorliegenden Fernpass-Pläne ausgesprochen. Die Landesregierung lässt sich davon aber weiter nicht beirren. Man werde, wie gestern in einer Aussendung mitgeteilt wurde, weiter an der Strategie festhalten. „Das Ergebnis ist vor allem ein Ausdruck der Ablehnung der anhaltenden Verkehrsbelastung und Staus. Ziel ist es, eine Verbesserung für die Menschen entlang der Strecke zu erreichen!“

Kopfschütteln löst diese Interpretation bei der Opposition aus. „Der Fernpass-tunnel ist tot. Das müssen **Dornauer** und **Mattle** einsehen“, sagt **Grüne-Chef Gebi Mair**. Es sei ein regelrechter Schrei in Richtung Landesregierung: „Stoppt endlich diese Geisterfahrt und erkennt, dass der Tunnel keine Lösung ist“, so Mair.

Ähnlich Liste Fritz und Neos. „Das ist eine bittere Ohrfeige für die Landesregierung und ihre Pläne, die nun überdacht werden müssen“, sagt **Dominik Oberhofer** (Neos). Und **Markus Sint** (Liste Fritz) drückt es so aus: „Die Politik vor Ort und die schwarz-rote Mattle-Regierung in Innsbruck müssen das Nein der Nasse-reither Bevölkerung akzeptieren und respektieren. Die Bürger haben die Drüber-fahr-Politik satt, sie lassen

„Zeichen gegen die Politik des Drüberfahrens“

Trotz Widerstand hält Politik an Fernpass-Plänen fest. Opposition schäumt.

Die Bürgerinitiative wurde bestätigt, ihre Volksbefragung spricht eine deutliche Sprache.



MARKUS GASSLER

Tiroler Politik kurz notiert



Foto: Christof Birbaumer

LA Markus Sint: „Ein Signal gegen Drüberfahr-Politik!“

sich nicht mehr bevormunden! Weder ein Gemeinderat noch eine Landesregierung kann über die Köpfe der Bürger hinweg derart weitreichende Zukunftsentscheidungen fällen!“

Von einem Hilfeschrei der Bevölkerung spricht auch LA **Evelyn Achhorer** (FPÖ) – die Bevölkerung wolle den bemautekten Fernpass-Scheiteltunnel einfach nicht. Und



Foto: Christof Birbaumer

LA Evelyn Achhorer: „Eine große Tunnel-Lösung ist gut.“

sie fordert nun alternative Lösungen: „Seit Jahren wird nun schon eine Verkehrs-entlastung versprochen, übrig geblieben ist eine streckenweise Verbesserung der Verkehrssicherheit. Das ist zu wenig. Man behauptet zudem, es gäbe keine Alternativen. Das stimmt nicht. Es gibt eine Tunnel-Lösung von Biberwier bis Mötz, damit wäre die gesamte Stre-



Foto: Christof Birbaumer

LA Gebi Mair: „Stoppt die Geisterfahrt am Fernpass.“

cke, das Gurgtal sowie das Mieminger Plateau entlastet. Dieser kann bemautekt werden, denn der lokale Verkehr kann dann wieder am bestehenden Verkehrsnetz fahren. Jeder Lkw und jeder durchreisende Pkw muss durch diesen Tunnel!“ Man könne die Asfinag bei der Finanzierung ins Boot holen – weil sie sich dann ja den Tschirgantunnel erspare.

„Nur eine Tafel hinzustellen, ist zu wenig“

Innsbruck, Ellbögen – Rund 40 Fahrverbote gelten im Sommer für den Ausweichverkehr in Tirol. Trotzdem schiebt sich der Urlauberverkehr über die Landesstraßen. Wie am Samstag im Wipptal. Die Folge: Die schmale Ellbögener Straße (L38) war völlig überlastet, Notarzt und Rettung hatten Mühe, zu einem Einsatzort zu gelangen – die *TT* berichtete.

Harsche Kritik kommt von Liste-Fritz-Parteibfrau und Verkehrssprecherin Andrea Haselwanter-Schneider nach dem Verkehrsinfarkt: „Ich frage mich, wo die von Verkehrslandesrat Zumtobel groß angekündigten Kontrollen geblieben sind. Nur eine Tafel hinzustellen, ist zu wenig.“ Sie fordert ei-

ne Ausweitung der Kontrollstellen. „Ohne rigorose Kontrollen ist die Verordnung zum Fahrverbot nicht das Papier wert, auf dem diese geschrieben steht.“

Für Gebi Mair, Verkehrssprecher der Grünen, wäre eine elektronische Kontrol-

le der Kennzeichen wie bei der Section Control eine effektive Maßnahme. „Damit können Ein- und Ausfahrt kontrolliert werden und man muss sich nicht mehr auf die Angaben der autofahrenden Gäste verlassen. Wer unerlaubt die Landesstraßen als Schleichwege nützt, erhält automatisch einen Strafzettel, dann hört sich das bald auf.“

Das Land reagiert auf das Chaos vom Samstag. René Zumtobel: „Für das kommende Wochenende sind die Behörden und die Polizei bereits in enger Abstimmung, um die Kontrollen bestmöglich zu gewährleisten und Situationen wie am vergangenen Samstag zu vermeiden.“ (*smo*)



Liste-Fritz-Obfrau Andrea Haselwanter-Schneider.

Foto: Falk



Die ÖVP forciert nicht nur einen Tunnel am Fernpass, sondern auch einen durch das Tschirgantmassiv.

Foto: Springer

Tonnage-Limit in Gefahr, Zumtobel gegen Tunnel

Der von der ÖVP forcierte Tschirganttunnel stößt auf breite Ablehnung. Auch beim Koalitionspartner SPÖ. Liste Fritz, Grüne und NEOS üben scharfe Kritik an den Plänen.

Innsbruck – Trotz negativer Projektstudien über die mögliche Verkehrsentslastung dank eines 4,3 Kilometer langen Tunnels durch das Tschirgantmassiv nach Nassereith samt Zubringer auf die Inntalautobahn bei Haiming setzt die ÖVP erneut auf den Tschirganttunnel. Sie glaubt an die positive Wirkung für die verkehrsgeplagten Anrainer im Gurgltal und am Mieminger Plateau. Doch mit dieser Ansicht steht sie alleine da.

„Eine solche Tunnellösung würde zwar eine Entlastung für einzelne Gemeinden bringen, allerdings wäre damit aus meiner Sicht auch das 7,5-Tonnen-Limit auf der Fernpassstrecke gefährdet“, sagt Verkehrslandesrat René

Fernpass-Bahntunnel, der das verkehrsgeplagte Außerfern mit dem Inntal verbinden soll und neben der Brennerbahn einen zusätzlichen Bahnkorridor der Zukunft zwischen Südbayern und Südtirol darstellen würde.“ Mit diesem Projekt sei er bereits an Bundesministerin Leonore Gewessler (Grüne) herantreten, fügt Zumtobel hinzu. „Ich werde von der nächsten Regierung ebenfalls weitere Planungsschritte einfordern.“

„Verantwortungslos und derart krass“ bezeichnet die grüne Imster Bezirkssprecherin Dorothea Schumacher die wieder aufgeflammete Diskussion um den Tschirganttunnel. Sie rückte am Mittwoch mit Landessprecher Gebi Mair und NR Hermann Weratschnig nach Nassereith aus. „Man hat das Gefühl, dass die Partei (gemeint die ÖVP, Anm.) den Straßenbau wieder für sich entdeckt hat und alte Tunnelphantasien exhumiert.“ Mair hegt auch die Befürchtung, dass mit dem Tschirganttunnel das 7,5-Tonnen-Limit fällt.



Foto: Böhm

„Einzig ein Bahntunnel kann durch die Verlagerung auf die Schiene zu einer gesamtstaatlichen Verkehrsentslastung führen.“

LR René Zumtobel/SPÖ
(Verkehrslandesrat)

Zumtobel (SPÖ). Er befürchtet, dass ein Tschirganttunnel das Einfallstor für eine neue Transitstrecke wäre und für die Menschen in Tirol die Verkehrsbelastung erhöhen anstatt reduzieren würde.

Statt neuer Hochleistungsstraßen braucht es laut Zumtobel neue Hochleistungsstrecken auf der Schiene. „Ich forciere deshalb weiter den

„Das ist Wählertäuschung“

„Wie schon 2017 und 2019 fällt der ÖVP jetzt plötzlich vor der Wahl wieder der Tschirganttunnel ein“, unkt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. Der Tschirganttunnel löse das Verkehrsproblem nicht, im Gegenteil, er verschärfe es. Für Sint ist das „nicht mehr als ein ÖVP-Wahlkampfschmäh und eine freche ÖVP-Wählertäuschung“. Die NEOS stimmen in diesen Chor der Kritiker ein. „Das jetzige Stückwerk der Landesregierung mit Maut und Scheiteltunnel wird im Außerfern abgelehnt, mit dem Tschirganttunnel würde es noch schlimmer werden“, warnt Klubobmann Dominik Oberhofer. (pn, pascal)

„Reine Abzocke“: Neuer Ärger um Tourismus-Abgabe

Auch Private zu Tourismusabgabe verpflichtet: Opposition schäumt.

Von Max Strozzi

Innsbruck – Nach einem Gerichtsurteil flammt die Debatte um die umstrittene Tourismusabgabe wieder auf. Ging man bisher nämlich davon aus, dass „nur“ alle Unternehmen in Tirol einen Pflichtbeitrag an den Tourismus zwangsabführen müssen, steht nun fest, dass auch Privatpersonen von der Landesregierung zur Kasse gebeten werden können, um Tourismusverbände zu finanzieren.

Wie berichtet, bestätigte das Landesverwaltungsgericht, dass eine Frau, die als Privatperson ein Büro an eine Anwaltskanzlei vermietet, ebenfalls einen Pflichtbeitrag an den Tourismusverband zahlen muss, auch wenn sie keine Unternehmerin ist. Grund dafür ist, dass Tirols Tourismusgesetz den Unternehmerbegriff aus dem Umsatzsteuergesetz heranzieht – und darin wird nicht zwischen „echten“ Unternehmern und Privatpersonen unterschieden. Was einzig zählt: Werden steuerbare



140 Mio. Euro bringt der Pflichtbeitrag den Tourismusverbänden. Foto: APA/Eva Manhart

Umsätze erzielt, schneidet der Tourismusverband mit.

„Die ÖVP-dominierte Landesregierung hat aus der Tourismusabgabe eine Tourismussteuer für jeden Bürger in Tirol gemacht“, kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint: „Wenn jeder Bürger mit irgendeinem Umsatz Tourismusabgabe zahlen muss, geht

das entschieden zu weit. Das ist reine Abzocke.“ Zu verantworten habe dies die Landesregierung um LH Anton Mattle, LHStv. Georg Dornauer, LR Mario Gerber und Co.

Auch das Mantra, dass jeder in Tirol vom Tourismus profitiere, sei „unverschämte und falsch“, so Sint. „Viele Tiroler Bürger zahlen die Zeche

für den Tourismus: etwa für den enormen Verkehr, für die höchsten Lebenshaltungskosten, weil Schnitzel, Bier und Kaffee aufgrund des Tourismus viel teurer sind. Oder für die astronomisch hohen Grund- und Wohnpreise, weil Chaletdörfer, Investorenmodelle und Freizeitwohnsitze betuchte Ausländer locken, die zu übersteuerten Preisen Immobilien kaufen und die Wohnpreise für alle Einheimischen steigen lassen.“ Tourismusabgabe sollten nur jene zahlen, die wirklich vom Tourismus profitieren, fordert Sint.

„Das Urteil zeigt, wie verkorkst die Abgabe ist“, kritisiert auch NEOS-Chef Dominik Oberhofer. LH Mattle und LR Gerber lassen gerade die Tourismusabgabe novellieren. Dass Privatpersonen nicht mehr zahlen müssen, steht für sie aber nicht zur Debatte. „Gerbers Novelle ist krachend gescheitert“, urteilt Oberhofer. Der Tourismus müsse aus dem Budget finanziert werden, „anstatt Unternehmer:innen und Privatpersonen zu sekkieren“.



Die Tiwag schrieb in den vergangenen beiden Jahren Rekordgewinne.

Foto: TT/Rita Falk

Ruf nach doppelter Tiwag-Dividende

Angesichts der Rekordgewinne fordert die Liste Fritz 100 Mio. Euro Tiwag-Dividende fürs Land Tirol.

Innsbruck – Die Kritik an den Rekordgewinnen der heimischen Landesenergieversorger aufgrund der explodierten Energiepreise ebbt nicht ab. Die Tiwag etwa hat 2022 und 2023 ihren Gewinn im Vergleich zum Durchschnitt der vier Jahre davor auf 180 respektive 190 Mio. Euro verdoppelt. „Diese jeweils rund 100 Millionen Euro Mehrertrag sind vor allem den exorbitant gestiegenen Strompreisen zuzuschreiben und weniger irgendwelchen herausragenden Managementleistungen“, kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint.

Er fordert, die mit 50 Mio. Euro geplante Dividende der Tiwag an das Land auf 100 Mio. Euro zu verdoppeln und

damit einen Zukunftsfonds zu errichten, um konkrete Projekte zu finanzieren. „Derzeit nimmt das Land die Dividenden-Millionen für alles und jedes her und so weiß die Bevölkerung nicht, wofür genau das Geld verwendet wird“, kritisiert Sint. Landeshauptmann und Eigentümerversorger Anton Mattle müsse „dafür sorgen, dass die Bevölkerung von diesen Tiwag-Rekordgewinnen in Form einer Rekorddividende profitiert“.

Wie berichtet, haben die neun Landesenergieversorger einer Analyse des Momentum Instituts zufolge im Vorjahr 2,5 Mrd. Euro Gewinn geschrieben – um 1,45 Mrd. Euro mehr als in den Jahren vor den Preisexplosionen.

„Vor einem Jahr wurde uns erklärt, dass die Tiwag die Preise aufgrund der Entwicklung an der Strompreisbörse erhöhen muss“, sagt NEOS-Chef Dominik Oberhofer: „Wie sich herausstellt, hat die Tiwag in der größten Energiekrise auf Kosten der Tiroler Kund:innen abkassiert.“ Er fordert die Offenlegung aller Bonuszahlungen an die Tiwag-Chefs.

FPÖ-Konsumentensprecher Peter Wurm sieht die Verantwortung für die Übergewinne der Landesversorger bei der Bundesregierung. Schwarz-Grün habe „weder Strompreis- noch Gaspreisdeckel eingeführt“. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass der Steuerzahler die Strompreisbremse bezahlt. (mas)

Tourismusabgabe und WK-Beitrag auch im Ruhestand

Ehemaliger selbstständiger Versicherungsmakler wird auch in Rente zur Kasse gebeten. Liste Fritz empört, WK und Land Tirol erklären den Grund.

In die wohlverdiente Pension ist mit 1. Oktober 2022 Herr D. (voller Name der Redaktion bekannt) eingetreten. Zuvor war der Tiroler als sein eigener Chef in der Versicherungsbranche tätig – und zahlte natürlich auch alle möglichen Abgaben an das Land, Väterchen Staat und die Sozialpartner. Darunter auch die Tourismusabgabe, die das Land einhebt sowie den Mitgliedsbeitrag für die Wirtschaftskammer (WK).

Worüber sich der Pensionist jedoch sehr wundert: „Obwohl ich keinen Gewerbeschein und auch kein Büro mehr habe, muss ich die beiden Beiträge weiterhin bezahlen.“ Zwar hätten sich die vorgeschriebenen Beiträge reduziert – das Land kassiert jährlich 41 Euro für die Tourismusabgabe, die Wirtschaftskammer jährlich 65 Euro –, doch Herr D. wundert sich trotzdem sehr



Foto: Christof Birbaumer

Es ist schon ein starkes Stück, wie ein Pensionist hier abgezockt wird, auch wenn die Summen nicht so hoch sein mögen.

Klubobmann Markus Sint

darüber. Gegenüber dem Pensionisten begründen – laut seinen eigenen Angaben – sowohl das Land als auch die WK die Einhebung damit, dass er noch Folge-

provisionen kassieren könnte und deswegen zahlungsverpflichtet sei. Für den ehemaligen Unternehmer ist diese Begründung trotzdem mehr als unverständlich. Er wandte sich deswegen auch an die im Landtag vertretene Liste Fritz.

Liste Fritz fordert Reform mit zwei Eckpunkten

„Als mir Herr D. das geschildert hat, konnte ich es zuerst gar nicht glauben“, schüttelt auch Klubobmann Markus Sint den Kopf. Es sei „ein starkes Stück, wie ein Pensionist hier abgezockt wird. Mögen die jeweiligen Summen auch nicht hoch sein, aber allein der Umstand, dass Herr D. zahlen muss, ist eine Frechheit“. Die Begründung, die der Pensionist bekommen hat, „schlägt dem Fass den Boden aus“, so Sint, „uns als Liste Fritz und vielen Unternehmen im Land stößt es sauer auf, dass nahezu jeder, der nicht bei eins, zwei, drei in Deckung ist, Tourismusabgabe bezahlen muss“.

Die Tourismusabgabe werde zu einer Tourismussteuer, warnt Sint. Man for-

Foto: Christof Birbaumer



Foto: Christof Birbaumer

Herr D. ist zwar schon in Pension, muss aber nach wie vor beim Land (großes Bild) und bei der WK Beiträge zahlen. Angeblich, weil die Firma nicht gelöscht wurde.

dere daher eine Reform mit zwei Eckpunkten: „Erstens, nur wer wirklich vom Tourismus profitiert, soll zahlen, aber nicht der Bestatter, Fahrlehrer oder Versicherungsmakler-Pensionist.

Zweitens soll die Tourismusabgabe vom Gewinn und nicht vom Umsatz eingehoben werden. Die Chance auf diese vernünftige Reform vergibt die schwarz-rote Landesregierung gerade.“ Abschließend fordert Markus Sint „natürlich auch, dass man in der Pension keinen Mitgliedsbeitrag mehr an die WK zahlen muss“.

Bei WK ruhend gemeldet, beim Land im Aktivstand

Von der WK heißt es, dass „in diesem Fall zwar das Gewerbe mit 30. September 2022 ruhend gemeldet, aber nicht gelöscht wurde. Daher wird wie vorgesehen die Hälfte der festgelegten Grundumlage vorgeschrieben. Die Beitragspflicht endet erst mit der Löschung des Gewerbescheins“.

Das Land meint indes: „Sollten keinerlei Umsätze aus der Tätigkeit mehr anfallen, besteht natürlich keine Beitragspflicht. Eine Betriebsaufgabe des Herrn D. liegt dem Land derzeit jedoch nicht vor. Aus diesem Grund ist Herr D. auch nach wie vor im Aktivstand geführt.“ Manuel Schwaiger

„Super-GAU verhindern“

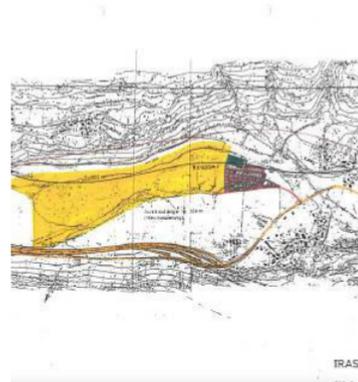
Bgm. Schöpf ärgert sich über Ignoranz von Politik und ÖBB zum geplanten Bahn-ausbau im Oberland.

MILS (pc). Die Pläne zum zweigleisigen Ausbau im Oberland stoßen in Mils auf heftigen Widerstand - plant man doch tatsächlich eine neue Trassenführung durch ein Schutzgebiet.

Im Gemeindegebiet von Mils ist eine eingleisige Bahnstrecke vorhanden. Diese schmiegt sich eng



Mit der Liste Fritz traf man sich in Mils zum Lokalaugenschein. Liste Fritz



Die neue Trasse würde viel wertvolles Grünland zerstören. Foto: Archiv



Der zweigleisige Ausbau ist auf einen neuen Trasse geplant. Foto: Archiv

VOR ORT

an die Felsen, oberhalb derer die Gemeinde Imsterberg thront. Nun würde ein zweigleisiger Ausbau auf der bestehenden Trasse natürlich mit erheblichen Mehrkosten belastet. Aber angesichts

der aktuellen Pläne der ÖBB ist die alternative Streckenführung ein Projekt jenseits des (ökologischen) Hausverständes.

Die gewählte Trassenführung wurde bereits 1988 von der Gemeinde Mils abgelehnt und vom seinerzeitigen ÖBB Generaldirektor Dr. Übeleis abgeändert. 1993 wurde eine Tunnel-Variante geplant und mit Probebohrungen

erkundet. Diese wurde aufgrund der Notzulaufstrecke Brenner zurückgestellt.

Derzeit wird das Zielnetz 2040 erarbeitet. Beinhaltet sind hier mehrere Abschnitte, darunter auch der Arlberg. Dieser Abschnitt beinhaltet einen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Ötztal Bahnhof und Landeck. Dorfchef Schöpf sieht in dem Projekt jeden-

falls ein eklatantes Versagen der Verantwortlichen, wie ihn auch der politische Kommunikationsfluss verdrießlich stimmt. Von allen Parteien hat nur die Liste Fritz reagiert. Bei einem Lokalaugenschein vor Ort konnte der Milser Bürgermeister Markus Sint die Lage ausführlich erläutern. Eine klare Stellungnahme seitens der ÖBB ist derzeit nicht vorhanden.

Tirol-Blick-Panorama aktuell

Erst kommt der Bädergipfel, dann die Bäderstudie, ASVÖ-Aktion für Kinder

Zum Dauerbrenner „Bäderstudie“ teilt LHStv. Georg Dornauer auf die MeinBezirk-Tirol-Anfrage mit: „Aktuell wird ein Bädergipfel mit allen betroffenen Stakeholdern vorbereitet. Dort werden die Bäderstudie und das daraus abzuleitende zukunftsorientierte Investitions- und Betriebsfinanzierungskonzept des Landes Tirol präsentiert. Die Inhalte werden unmittelbar nach dem Bädergipfel den Medien vorgestellt.“ Die Kritik von LA Markus Sint an LH Mattle im Zusammenhang mit dem Finanzierungsmodell durch Planungsverband, Tourismusverband und Land Tirol wird scharf zurückgewiesen: „Wir können und müssen die falschen Behauptungen von Klubobmann Markus Sint zurückweisen und wundern uns darüber, warum ein angelobter Abgeordneter bewusst Falschinformationen verbreitet und Gerüchte in die Welt setzt. Gemeinsam mit dem ressortzustän-



Über 4.200 Kinder waren bei den ASVÖ-Veranstaltungen.

Foto: ASVÖ

digen Landeshauptmannstellvertreter wird aktuell ein Bädergipfel mit allen betroffenen Stakeholdern vorbereitet, um die weiteren Schritte festzulegen. Die von Markus Sint getätigten Aussagen in Bezug auf die vermeintliche Position von LH Anton Mattle sind frei erfunden, der Klubobmann hat zu diesem Thema niemals ein Gespräch mit dem Landeshauptmann geführt“, stellt das Büro des Landeshauptmannes klar.



Tirol diskutiert über die Zukunft seiner Schwimmbäder.

Foto: Hassl

Nachwuchssportler

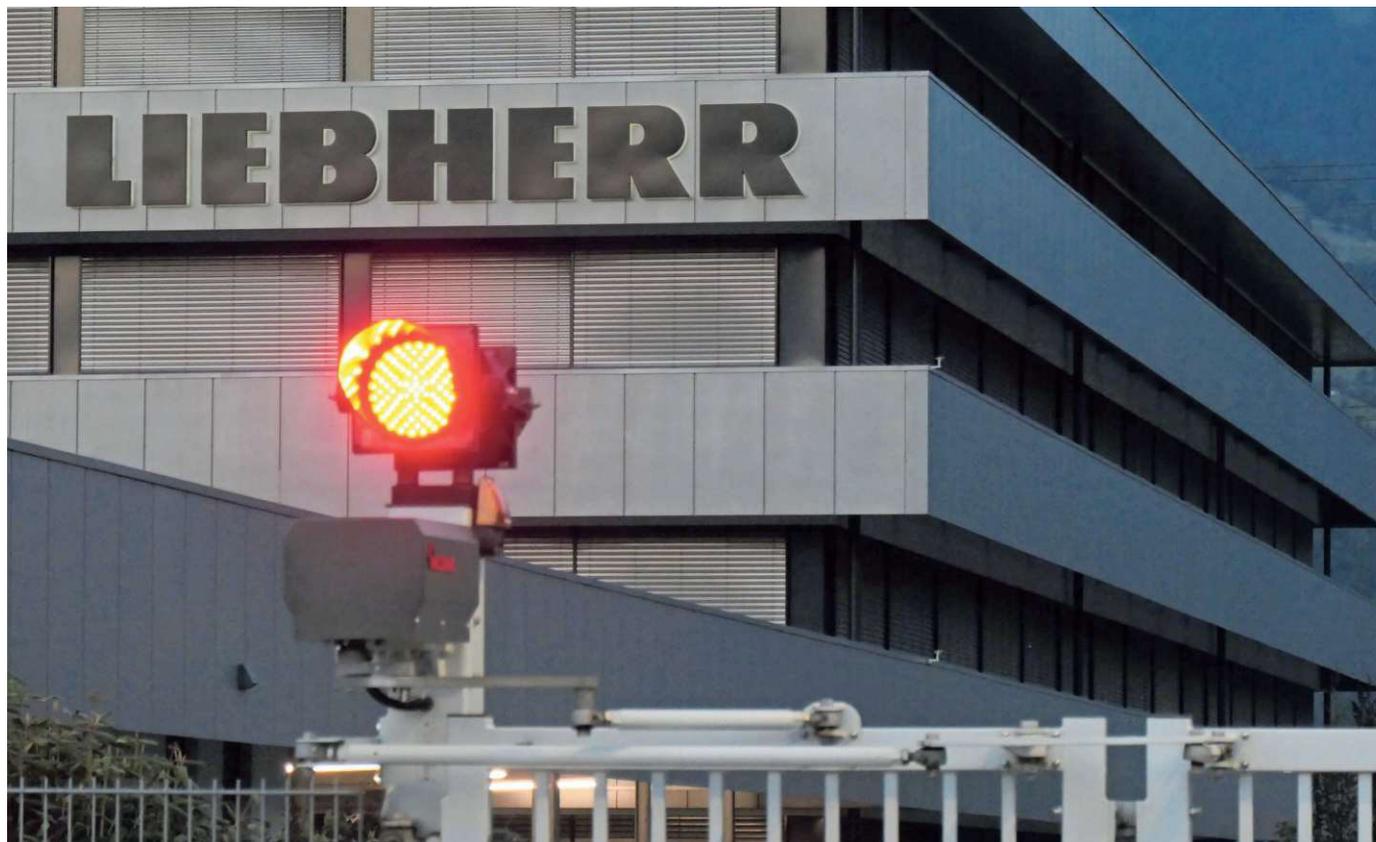
Tirol feiert seinen Leichtathletiknachwuchs. Der „Tiroler Sprint Champion“ des ASVÖ fördert junge Leichtathletik-Talente. Am 5.10. messen sich die besten Sprinterinnen und Sprinter aus Tirol, Südtirol und dem Trentino beim „EUREGIO SprintChampion“ in Bozen. Über 4.200 Kinder aus 47 Volksschulen zeigen das große Interesse an der ASVÖ-Veranstaltung.

Es gibt geteilte Meinungen zum Thema Kurzarbeit bei Liebherr. Liste-Fritzl-
Landtagsabgeordneter Markus Sint sieht das Vorhaben kritisch, Domenik Ebner (Neos Osttirol) lehnt ab. Gerald Hauser (FPÖ) verlangt die Kurzarbeit mit Nachdruck. Auch die Gewerkschaft spricht sich für eine Überbrückung auf Kosten des Steuerzahlers aus.

Die Liebherr-Hausgeräte Lienz GmbH stellt in dieser Woche beim Arbeitsmarktservice AMS einen Antrag auf Kurzarbeit. Im vierten Quartal 2024 sollen bis zu 960 Mitarbeiter also nur mehr in Teilzeit arbeiten, durch staatliche Zuzahlung aber dennoch ihre vollen Bezüge ausbezahlt bekommen. Insgesamt beschäftigt Osttirols größter Arbeitgeber aktuell 1350 Menschen aus Osttirol und Oberkärnten. „An unserem Produktionsstandort Lienz haben wir bereits verschiedene notwendige Maßnahmen ergriffen, um die Personalkapazitäten anzupassen und unser Bestandsniveau zu reduzieren“, teilte die Geschäftsleitung auf Anfrage mit. Die aktuellen Prognosen „in einem schwierigen Marktumfeld“ würden das Unternehmen jedoch zu weiteren Maßnahmen zwingen. Liebherr produziert in Lienz täglich etwa 1500 Kühlgeräte.

Die Firma Liebherr in Lienz hat, wie berichtet, volle Lager und sich in den vergangenen zwölf Monaten von 140 Leiharbeitern getrennt. 36 Ferialarbeiter in den Produktions- und produktionsnahen Bereichen haben vor dem Sommer Absagen erhalten, also genau in jenen Bereichen, für die Liebherr nun um Kurzarbeit ansucht. Wie geplant beschäftigt werden 30 Ferialpraktikanten und Pflichtpraktikanten in anderen Fachbereichen.

Domenik Ebner, selbst in einer Führungsposition bei Euroclima Gerätebau in Sillian tätig, meint: „Wir haben Vollbeschäftigung in



Bei Kurzarbeit gibt es für Liebherr Rückendeckung und Ablehnung

Das Liebherr-Hausgeräte-Werk in Lienz stellt in dieser Woche einen Antrag auf Kurzarbeit. Die Gewerkschaft unterstützt das Unternehmen, Politiker üben auch Kritik.

Osttirol und in Tirol. Andere Unternehmen suchen immer noch händeringend nach Mitarbeitern. Angesichts der Förderungen, die auch Liebherr in Lienz in den vergangenen Jahren erhalten hat, werte ich den Geschäftseinbruch als unternehmerisches Risiko.“ Liebherr müsse in der Lage sein, eine kurzfristige „Delle“ im Absatz aus eigener Kraft zu stemmen.

Ähnlich argumentiert Markus Sint: „Kurzarbeit wäre das falsche Signal, so wichtig der Be-

trieb für die Region auch ist. Kurzarbeit soll bei außergewöhnlichen Ereignissen unterstützen und nicht strukturelle Probleme auffangen.“ Sint fragt, wie man eine etwaige Ausnahmeregelung für Liebherr argumentiere, wenn dann auch andere Betriebe Hilfe anmelden. „Wo anfangen. Wo aufhören? Es geht um Fairness und Gerechtigkeit den Mitbewerbern gegenüber.“ Liebherr-Hausgeräte in Lienz sei Teil eines mächtigen Schweizer Konzerns. „Da muss

nicht der Steuerzahler für drei Monate hineinbuttern.“

Michael Carli, Sprecher der Grünen Wirtschaft Tirol, verweist auf einen größeren wirtschaftlichen Zusammenhänge und lehnt es ab, Kurzarbeit „wie ein Pflaster!“ auf Symptome anzuwenden. Die produzierende Industrie befinde sich generell in einer Umstellphase auf die veränderte Marktsituation, und das weltweit. „In Österreich neigen wir zu Schnellschüssen.“ Durch eine finanzielle Überbrückungs-

helfe würden die Auftragsbücher

nicht voller, meint Carli und warnt davor, notwendige Schritte dadurch auf die lange Bank zu schieben. „Die mittelfristigen Prognosen sind nicht ideal. Darauf müssen die betroffenen Unternehmen reagieren. Politisch müssen andere Maßnahmen her.“

Martin Mayerl, Bürgermeister in Dölsach und Landtagsabgeordneter der ÖVP, verweist auf die „klaren Richtlinien für Kurzarbeit.“ Dennoch würde er eine Unterstützung für Liebherr grundsätzlich begrüßen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die Produktion ab dem Jahreswechsel wieder aus eigener Kraft auf Vollzeit umgestellt werde. Es sei gut und richtig gewesen, die großzügigen Ausschüttungen nach der Pandemie wieder zurückzunehmen.



„Einer Aufweicheung der Richtlinien stehe ich

ablehnend gegenüber. Ich folge der Argumentation des Wirtschaftsministeriums, dass der Staat nicht dazu da ist, für Unternehmen in einzelnen Sparten Marktausschläge abzufedern.“

Neo-EU-Abgeordneter Gerald Hauser dagegen verlangt in einer Aussendung: „Das Kurzarbeitsansuchen von Liebherr muss genehmigt werden.“ Wirtschaftsminister Martin Kocher dürfe „Osttirol, Oberkärnten und das Pustertal jetzt nicht hängen lassen“, sondern müsse das Unternehmen unterstützen. Reinhold Binder, Bundesvorsitzender der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), hält eine dreimonatige Kurzarbeit in einem Fall wie bei Liebherr für ein geeignetes Mittel. „Das Unternehmen geht davon aus, dass sich ab 2025 die wirtschaftliche Situation wieder entspannt.“

„
Das Unternehmen geht davon aus, dass sich ab 2025 die wirtschaftliche Situation wieder entspannt.

Reinhold Binder,
Bundesvorsitzender der
Produktionsgewerkschaft (PRO-GE)

“



Baustart für eine 16 Millionen Euro teure Liebherr-Lagerhalle vor einem Jahr in Lienz: die Geschäftsführer Holger König, Lucas Nerud und Marcel Snelder

KK/LIEBHERR, BLASSNIG

Scharnitzer gehen auf Barrikaden

Die Pläne rund um eine Bodenaushub-Deponie oberhalb des Waldfriedhofs erhitzten die Gemüter.

MARTINA SCHRATZBERGER

SCHARNITZ. Mein Bezirk berichtete bereits ausführlich über die geplante Bodenaushubdeponie. Inzwischen wurden in der Gemeinde 753 Unterschriften gesammelt. Zudem wurde während einer Verhandlung mit den Behörden lautstark demonstriert.

So sehr ärgern sich die Bürger über die Vorgangsweise des Projektbetreibers. Dieser habe seine Pläne am letzten Schultag des Vorjahrs eingereicht. Die Gemeinde habe aber erst vor wenigen Wochen davon erfahren. In Scharnitz schüttelt man den Kopf. „Der Mann war zwölf Jahre im Gemeinderat und sogar Vize-



Etwa 200 Demonstranten setzten sich lautstark mit Trillerpfeifen und Ratschen, mit Plakaten und Sprechchören gegen Deponie ein.

Foto: priv

bürgermeister, hat die Wohnsiedlung, durch die jetzt die Lastwagen fahren sollen, mitgetragen“, hieß es bei der Demo. „Bei der Besprechung selbst blieb er wortkarg“, so Bürgermeister Christian Ihnenberger.

Auch Medien gegenüber bleibt der Mann weiter auf Tauchstation. Während des Termins wurde außerhalb der Gemeindemauern

getobt. Wütende Parolen wurden durch Mikrofone gebrüllt. „Lass den Toten ihre Ruhe!“ - „Keine Deponie!“ - „Keine LKW an Schulweg!“ - „Wir brauchen keine Waldrodung!“ - „Stopp den Unsinn!“

Unendlich viele Ratschen und Trillerpfeifen untermauerten die Forderungen der rund 200 aufbrachten Menschen - deren Alte



Die Deponie ist nahe dem Waldfriedhof geplant.

Foto: Schratzberger

vom Kleinkind bis zum hochbetagten Rollstuhlfahrer reichte. Auch viele Berufstätige mischten sich unter die Demonstranten, offenbar hatten sie sich diesen Tag extra freigenommen.

Ihnenberger: „Die Leute haben ganz offensichtlich keine Freude mit der Deponie und wir stehen zu 100 Prozent hinter ihnen.“ Dass es eine Demonstration gab



Wollen keine Lkw am Schulweg wissen.

Foto: Schratzberger

und so viele Scharnitzer daran teilgenommen haben, zeige nur, dass die berühmte rote Linie überschritten wurde.

Dennoch, und das drückt auf die Magengrube: „Die Vorgehensweise ist rechtens, aber wir als Gemeinde sind nicht glücklich darüber, ebenso wenig wie der gesamte Gemeinderat“, so Ihnenberger. Ob und in welchem Ausmaß

die Demonstration „Eindruck“ auf die Entscheidungsträger und Gutachter gemacht hat, kann er nicht beurteilen. Scharnitz habe jedenfalls seine Grenzen aufgezeigt. Christian Wenger - Vater der Gegeninitiative - liegt krankheitsbedingt in der Klinik und wurde über das Geschehen sozusagen live am Laufenden gehalten. Er ließ übers Mikro verkünden: „Auf die Scharnitzer ist einfach Verlass, danke Euch allen!“

FOTOS UND VIDEO

i Scannen und schauen, wie sehr sich Scharnitz gegen Deponie wehrt.



SINT GEGEN DEPONIE



Foto: Liste Fritz

Klubobmann Markus Sint von der **Liste Fritz** stellt sich klar gegen die geplante Deponie in Scharnitz. Er unterstützt Bürger und Bürgermeister im Kampf gegen zusätzlichen LKW-Verkehr, Lärm und Staub.

Bereits jetzt gäbe es im Umkreis von Scharnitz genügend genehmigte Deponiekapazität. „Ein Grundbesitzer will sich bereichern, während die Bevölkerung leidet. Das darf nicht sein“, stellt Sint klar. Ein Teil der Deponie soll auf landwirtschaftlicher Vorsorgefläche und in Schutzgebieten entstehen, zudem wäre Waldrodung notwendig. Sint fordert eine Bedarfserhebung und mehr Mitsprache für Gemeinden. „Tirol hat bereits 200 aktive Deponien. Es braucht keine weiteren!“

Wirbel um Wörgler 'Wohnstube'

Scheinbares Aus für die „Wohnstube“: Differenzen als Grund geortet, Werlberger bestätigt Fortführung.

CHRISTIANE NIMPF

WÖRGL. 13 Jahre ist es mittlerweile her, als im Jahr 2011 das Projekt „Wohnstube“ im Wörgler Seniorenheim ins Leben gerufen wurde. Die Tagesbetreuungseinrichtung für Menschen mit Demenz im Erdgeschoss des Heimes war bei vielen Senioren sehr beliebt. Denn dort wurde gemeinsam gekocht, gegessen, gebügelt und noch vieles mehr. Ein Raum, der das Gefühl von Zuhause vermittelte – wie eine echte Wohnstube eben.

„Wohnstube ist kein Muss“

Trotz großer Beliebtheit der „Wohnstube“ soll es diese in der Form aber bald nicht mehr ge-

ben. Der Grund: Im Seniorenheim wird aktuell eine Analyse durchgeführt, anhand derer ermittelt werden soll, wie eine ideale Betreuung der Bewohner aussehen könnte, erklärt Stadtamtsdirektor Philipp Ostermann-Binder auf Nachfrage der MEINBEZIRK-Redaktion. „Nachdem wir nach dem Konzept von Maria Riedel in der Pflege arbeiten, gibt es auch andere Formen der Betreuung, eine Wohnstube ist somit kein Muss, sondern eine Form, die sich vor einigen Jahren im Haus etabliert hat“, so Ostermann-Binder. Nun soll weiter bewertet werden, ob die „Wohnstube“ aus pflegerischer Sicht der richtige Gesichtspunkt ist. Trotzdem sei der Stadtführung durchaus bewusst, dass viele Personen mit dieser Art der Einrichtung sehr glücklich waren, versichert der Stadtamtsdirektor. „Sofern die Wohnstube mittelfristig anders gedacht wird, würde man die Bewohner direkt

im Wohnbereich entsprechend betreuen“, ergänzt Ostermann-Binder zu einer möglichen Weiterführung eines ähnlichen Konzeptes. Derzeit befinde man sich noch in Ausarbeitung.

Madersbacher: „Trauriges Bild“

Dass die „Wohnstube“ geschlossen werden soll, sorgt auch bei der Liste Fritz für Unmut, welche die Beendigung des Projektes bei der Stadtregierung ortet. „Das Seniorenheim war bis zum Antritt von Bgm. Riedhart ein Vorzeigehaus. Nach zwei Jahren unter dem neuen Bürgermeister ist kein Stein mehr auf dem anderen geblieben“, sagt Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider. Für Gemeinderätin und Liste Fritz-Bezirkssprecherin Gabi Madersbacher ist die Schließung der „Wohnstube“ auf politische Intrigen zurückzuführen. Der Bgm. solle sich den Problemen endlich annehmen, anstelle von bewährten Einrichtungen



Aktuelle Analysen, die im Seniorenheim in Wörgl durchgeführt werden, nehmen aus das Projekt „Wohnstube“ unter die Lupe.

Foto: Fluckinger

aufgrund persönlicher Differenzen mit dem dortigen Leiter zu schließen, so Madersbacher.

Werlberger: Wohnstube bleibt

Nachdem das Aus der „Wohnstube“ medial publik wurde, äußerte sich auch Seniorenreferentin Elisabeth Werlberger zur Thematik: „Eine Schließung stand zu keinem Zeitpunkt im Raum. Dieses Projekt wird nach wie vor weitergeführt“, betont Werlberger. Auch die Vorwürfe zu internen Differen-

zen und der somit vermeintlichen Schließung weist sie zurück. Es habe keine Differenzen gegeben, die Einfluss auf das Projekt gehabt hätten. Die „Wohnstube“ wird also unabhängig von personellen Veränderungen fortgeführt. Zur Fortführung der Tagesbetreuung erklärt sie, dass alle Abteilungen derzeit untersucht werden, um die Prozesse und Abläufe zu verbessern. Die „Wohnstube“ wird also nicht geschlossen, bestätigt Werlberger.

Wo bleibt die Bäderstudie? Wörgl wartet auf Ergebnisse

WÖRGL, TIROL. Wörgl steht bekanntlich schon in den Startlöchern, wenn es um die lang ersehnte Schwimmlösung für die Stadtgemeinde steht. Das Land Tirol wiederum scheint es da nicht ganz so eilig zu haben. Alles wartet auf das Ergebnis der Tiroler Bäderstudie, deren Veröffentlichung seitens des Landes schon mehrmals angekündigt wurde. Mit großer Verspätung hat die Landesregierung die Vorlage des Ergebnisses schließlich für den 9. Juli angekündigt. Wochen später fehlt dies aber immer noch.

Liste Fritz zeigt sich verärgert

Seinen Unmut über die Vorgangsweise der Landesregierung tut auch Liste Fritz Klubobmann Markus Sint kund. „Wie lange wollen Mattle und Dornauer die Bürger und Bürgermeister noch hinhalten? Versprochen, gebrochen. Keine guten Aussichten. Denn



Wörgl braucht die Ergebnisse, um weiter planen zu können.

Foto: Nimpf

Schwimmbädern tickt die Uhr, sie brauchen endlich Planungssicherheit und Finanzausgaben“, ärgert sich Sint. So steht nicht nur der Wörgler Bürgermeister diesbezüglich mit dem Rücken zur Wand, auch viele seiner Kollegen in ganz Tirol müssen weiterhin Geduld bewahren. Sint ortet die Verspätung beim Landeshauptmann Anton Mattle. Dieser wolle laut Sint vom angekündigten 3-Säulen-Modell (Planungsverband, TVB und